06.04.2023 Seite 1 von 3

Gemeinde Kleinmachnow										
Beschlussvo	rlage			öffentlich						
Datum: 04.04.20)23 Einreich	ıer: D	er Bürç	er Bürgermeister			DS-Nr. 025/23			
Entgegennahme	KSD:									
Verfahrensverm						_				
Genehmigung Ar		nzeige			Ankündigung	Bek		ntlichung tmachung e		
Beratungsfolge	1	Abstimmung			Sitzung					
		JA	NEIN	ENTH	geplant	Endtermin	Ве	emerkung		
Bauausschuss					17.04.2023					
Hauptausschuss	5				02.05.2023					
				<u> </u>						
				<u> </u>				_		
KLM-BP-053 "Gebiet östlich OdF-Platz" für das Grundstück Karl-Marx- Straße 44, hier: Nutzungsänderung von Kiosk zum Imbiss										
Beschlussvorsch	nlag:									
(BauGB) zu Nutzungsä 2) Das in Anlag Festsetzung Grundlage of 3) Die Gemein 4) Der Bürge Hauptaussc Anlage/-n: 1) Geltungsbe 2) Auszug aus 3) Unterlagen	nde Kleinmachn einer Ausnahme inderung von Kinge 3 dargestellte gen des Bebauur des bisherigen Plade Kleinmachnormeister wird ichusses schriftlich der Liegenschaft zum Bauvorhabe	e von iosk : Vorh ngspl lanur be er beau h zu i ungspl ftskar en (La	n der Ve zum Im haben volanes K ngsrech rteilt da uftragt, informie splans K rte (Flur	eränderur nbiss auf wird befü (LM-BP-0 nts (§ 34 E as Einveri den/die eren.	ngssperre für d dem Grundstü ürwortet. Es en 53 "Gebiet öst BauGB) zustimr nehmen gemä e Antragstelle 53 "Gebiet östl versicht)	das in Anlage 3 ick Karl-Marx-S ntspricht den be tlich OdF-Platz' mungsfähig. iß § 36 Abs. 2 I enden über d lich OdF-Platz" Schnitt; ohne N	dargest traße 44 eabsichti " und is BauGB. liesen	tellte Vorhaben 4. igten künftigen st auch auf der Beschluss des		
Ausgeschlossen nach § 22 BbgKVerf:					Gemeindevertreter			ndevertreter		
Beratungsergebr				Grem		Sitzung am:				
einstimmig	Stimmenmehrhe	eit	JA	NEIN	ENTHALTUN	IG It. Besch	luss a	abw. Beschluss		
Leiter/in der Sitz	:ung:									
	<u></u>									
Bürgermeister Bürgermeister					Fac	Fachbereichsleiter(in)				

06.04.2023	Seite 2 von 3
I	

06.04.2023 Seite 3 von 3

Finanzielle Auswirkungen:	Gemeindehaushalt Beteiligungen			☐ ja ☐ ja	⊠ nein ⊠ nein
	Produktgruppe: Teilhaushalt/Budget:				
	Maßnahmen-N				
Bereits im laufenden Haushalt veranschlagt:			EURO:	ја	nein
Über-/außerplanmäßige					
Veranschlagung im	Ergebnis-HH	Jahr	EURO:		
laufenden Haushalt:	Finanz-HH	Jahr	EURO:		
Mittelfristig bereits veranschlagt:				ја	nein
Mittelfristig neu zu veranschlagen:				☐ja	nein

Problembeschreibung/Begründung:

Das Grundstück Karl-Marx-Straße 44 (Flur 9, Flurstück 1377; vgl. **Anlage 2**) liegt im Geltungsbereich der Veränderungssperre für das Bebauungsplan-Gebiet KLM-BP-053 "Gebiet östlich OdF-Platz" (**Anlage 1**). Die Satzung über die Veränderungssperre tritt am 29.09.2024 außer Kraft.

Für das Grundstück Karl-Marx-Straße 44 wurde ein Bauantrag für die Nutzungsänderung von Kiosk zum Imbiss gestellt. Der Landkreis als zuständige Bauaufsichtsbehörde hat die Gemeinde aufgefordert, zu dem Bauvorhaben bis zum 30.05.2023 (Fristablauf) Stellung zu nehmen. Gemäß § 14 Abs. 2 BauGB kann die Baugenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit der Gemeinde eine Ausnahme von der erlassenen Veränderungssperre zulassen, wenn überwiegende öffentliche Belange nicht entgegenstehen.

Geplant ist auf dem Grundstück Karl-Marx-Straße 44 in dem straßenseitigen Gebäude die vorhandene Gewerbeeinheit von einem Kiosk zu einem Imbiss umzuwandeln und so der aktuell lehrstehenden Gewerbeeinheit eine Nachnutzung zuzuführen. Ein Lageplan, Erdgeschossgrundriss, Ansichten und ein Schnitt sind diesem Beschluss als **Anlage 3** beigefügt.

Die Prüfung durch den FD Stadtplanung/Bauordnung erfolgte auf der Grundlage des Vorentwurfes des Bebauungsplanes KLM-BP-053 "Gebiet östlich OdF-Platz" (Stand: 11.01.2021) sowie nach den § 34 BauGB. Da das Vorhaben überwiegend nur im Gebäude umgesetzt wird, steht dieses den Inhalten des Vorentwurfs nicht entgegen. Entsprechend dem Flächennutzungsplan ist für dieses Grundstück ein allgemeines Wohngebiet festgesetzt, welches die geplante Nutzung – Imbiss – zulässt, vgl. § 4 Abs. 2 Nr. 2 BauNVO. Somit ist das Vorhaben nach § 34 BauGB zulässig.

Aus Sicht der Verwaltung kann das Einvernehmen zu der Ausnahme von der Veränderungssperre erteilt werden.